

LEITARTIKEL

Schwarz-gelbes Gift

Na bitte. Der Steuerzahlerbund bringt es Schwarz auf Weiß, wem es in Deutschland künftig besser geht: Die Steuerentlastungen 2010 kommen vor allem jenen zugute, denen es schon heute außerordentlich gut geht.

Wer aber seine Familie mit beispielsweise 2400 Euro brutto im Monat durchbringen muss, kann



Markus Schlesag
zu Steuern und
Schwarz-Gelb

auch künftig sehen, wo er bleibt. Ein paar Brosamen fallen zwar auch für Bezieher kleiner Einkommen ab, doch die Freude darüber dürfte bald verfliegen.

Denn die üppigen Steuerergänzen von Schwarz-Gelb für Besserverdiener – so unsinnig sie auch sind – müssen finanziert werden. Beispielsweise durch drastisch höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Das passt ins Konzept. Denn diese Beiträge zahlen abhängig Beschäftigte und deren Arbeitgeber. So kann ein Arbeiter seine 500 Euro Steuerentlastung also

gleich wieder in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Sollten noch ein paar Euro übrigbleiben, gehen die für höhere Krankenkassenbeiträge drauf.

Gutverdienende Freiberufler, ebenso Beamte, bleiben verschont. So sieht makellose Interessenpolitik aus. Für Wirtschaft und Gesellschaft ist sie pures Gift.

► Das Gift für die Wirtschaft: Wer die Lohnnebenkosten anhebt, macht Arbeit künstlich teuer. Das schwächt Firmen in Deutschland und ist für Beschäftigung und Konjunktur ein mühlstein-schwerer Bremsklotz. Weniger Beschäftigung bedeutet mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Schulden, weniger Kaufkraft und weniger Konsum. Der Kreislauf ist bekannt.

► Das Gift für die Gesellschaft: In einem Land, in dem keine Großstadt mehr ohne öffentliche Suppenküche oder Tafel auskommt, in dem Hunderttausende von Schulkindern von regelmäßigen warmen Mahlzeiten und besserer Bildung nur noch träumen können, einige wenige aber in immer größerem Luxus schwelgen, darf man die Spaltung nicht noch mutwillig vorantreiben.

Die Frage zur schwarz-gelben „Entlastung“ lautet also nicht, was wir uns davon leisten, sondern was sich diese Regierung damit erlaubt.

KOMMENTAR

Vorbildliche Solidarität

Unglück schweißt zusammen. Nur so ist es zu erklären, dass sich die gesamte Weltgemeinschaft im ausklingenden Jahr 2004 solidarisch gezeigt und aus Anlass der schrecklichen Tsunami-Katastrophe rund um den In-



Michael Bertram
zur Tsunami-
Katastrophe vor
fünf Jahren

die geplagten Gebiete geflossen. Allein aus Deutschland trugen 330 Millionen Euro dazu bei, Häuser zu bauen, Schulen zu errichten und neue wirtschaftliche Grundlagen zu schaffen.

Mit der kurzfristigen Bereitschaft, Geld zu spenden, waren jedoch auch langfristige Ziele verbunden.

Dazu gehörte der Aufbau eines Frühwarnsystems, das vor ähnlich verheerenden Katastrophen schützen soll und mittlerweile steht.

Ein zweites langfristiges Ziel ist hingegen nur mühsam zu erreichen und braucht weiter Zeit: das Prinzip der Solidarität auch in Landstriche wie das durch einen jahrelangen Bürgerkrieg gebeutelte Sri Lanka zu tragen, wo sich ethnische Gruppen bislang bekriegt statt Hand in Hand zu arbeiten. Auch fünf Jahre nach der Katastrophe wartet auf die Helfer vor Ort also viel Arbeit!

dischen Ozean eine der größten Hilfsaktionen seit dem Zweiten Weltkrieg angekurbelt hat.

Seit der Naturkatastrophe, die mehr als 230 000 Menschen das Leben gekostet und über 1,5 Millionen Menschen obdachlos gemacht hat, sind mehrere Milliarden Euro zum Wiederaufbau in

Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: meinung@bzv.de

ZITAT DES TAGES



„Es hätte in einigen Bundesländern zum Impf-Chaos kommen können“

Carola Reimann, SPD, Vorsitzende des Bundestags-Gesundheitsausschusses

BRAUNSCHWEIGER
ZEITUNG

SALZGITTER
ZEITUNG

WOLFSBURGER
NACHRICHTEN

Geschäftsführung:
Harald Wahls (Sprecher), Andreas Günther
Chefredakteur:
Paul-Josef Raue

Stellvertretender Chefredakteur:
Stefan Hans Kläsener

Chef vom Dienst: Heinz-Peter Lohse

Verantwortliche Redakteure:

Politik/Niedersachsen und die Region: Hans-Dieter Schlawis

Wirtschaft: Markus Schlesag Kultur: Martin Jasper

Lokales Braunschweig: Ralph-Herbert Meyer Sport: Paul-Josef Raue

Leser-Redaktion: Klaus Herrmann Büro Berlin: Christian Kerl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Raphael Feldmann Vertriebsleitung: Jürgen Nitsche

Verlag: Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH & Co. KG,

38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 39 00-0

Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH & Co. KG, 38106 Braunschweig, Mittelweg 6

Amtliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten online:
<http://www.newsclick.de>



„Schäuble!“

Karikatur: Jürgen Tomicek

EUROPA-NOTIZEN

Achtung, Sektkorken!

Wenn die EU-Abgeordneten in die wohlverdiente Winterpause gehen, dann haben sie ein anstrengendes Jahr hinter sich: Europawahl, Zitterpartie um den Lissabon-Vertrag, Abstimmungen über das Ende der Glühbirne oder um das Telekom-Paket – selten war der Terminkalender so voll wie in den letzten Monaten. Umso mehr wundert die Energie, die so mancher Volksvertreter auch in der beschaulichen Weihnachtszeit noch an den Tag legt. Der niederländische Abgeordnete Wim van de Camp etwa macht sich ernsthaft Sorgen um die Gesundheit der EU-Bürger: An Weihnachten und Silvester werde besonders viel Sekt konsumiert – immer wieder passierten dabei böse Unfälle durch knallende Korken, erklärte er jüngst einer niederländischen Zeitung. Deswegen fordert der 56-jährige Warnhinweise auf den Etiketten – frei nach dem Motto: Öffnen der Flasche kann Ihre Gesundheit gefährden.

Der gelernte Ingenieur beruft sich auf Untersuchungen in seiner Heimat. Danach verlieren allein in den Niederlanden jedes Jahre drei Menschen ein Auge durch fliegende Sektkorken. „In vielen EU-Ländern gibt es mehr Opfer durch unsachgemäßes Öffnen der Champagnerflaschen als durch unvorsichtiges Zünden von Feuerwerk“, behauptet der Politiker dem Bericht zufolge. Beispiel Belgien: In kaum einen Land gehen solche Mengen des prickelnden Getränks die Kehlen hinunter wie zwischen Oostende und Arlon.

„Wir haben Besseres zu tun, als uns mit solchen Knalltüten-Vorschlägen herumzuschlagen“



Katrin Teschner, unsere Korrespondentin in Brüssel, zu neuen Vorschlägen aus Brüssel in der Weihnachtszeit

Experten sprechen von rund zehn Millionen geöffneten Flaschen Champagner allein in der Weihnachtszeit, weitere zehn Millionen Flaschen Sekt kommen dazu, von anderen Schaumweinen ganz zu schweigen. Wenn man bedenkt, dass Belgien gerade einmal zehn Millionen Einwohner zählt, ist das durchaus beachtlich.

Die EU-Bürger seien zwar für sich selbst verantwortlich, räumt der eifrige EU-Parlamentarier van de Camp ein. Doch wenn sie schon die Korken knallen lassen müssen, dann könnten jährliche Info-Kampagnen der Feuerwehren auf die Gefahr eingehen. Auch die Industrie selbst sollte durch Gebrauchsanweisungen auf den Flaschen einen Beitrag leisten.

Seine Kollegen sehen hingegen weniger Handlungsbedarf. „Wir haben Besseres zu tun, als uns mit solchen Knalltüten-Vorschlägen herumzuschlagen“, knurrt ein deutscher EU-Abgeordneter. Zum Beispiel: Endlich in den Weihnachtsurlaub zu gehen und mit den Lieben unterm Baum gemütlich ein Glas Sekt zu trinken – ohne EU-Richtlinien im Hinterkopf.

Na, dann: Prost und fröhliche Weihnachten!

UMFRAGE DER WOCHE

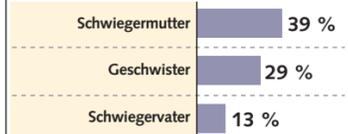
Nicht jeder ist zum Fest willkommen

George Clooney, Mario Barth und Barack Obama sind die Promis, mit denen die Deutschen am liebsten ihre Weihnachtsgans teilen würden. Weniger beliebt als Gast unterm Baum wäre hingegen Dieter Bohlen – kein Wunder, wer möchte schon seine weihnachtliche Singerei knallhart bewertet wissen?

Dies ist jedenfalls das Ergebnis einer Umfrage mit über 1000 Teilnehmern von lastminute.de. Ein Klischee, das die Umfrage bestätigt: Im familiären Bereich führt die Schwiegermutter die Liste der Personen an, auf die man über die Feiertage verzichten könnte.

Allerdings: 41 Prozent der Befragten würden gerne verreisen, weil sie die Feiertage daheim immer sehr stressig finden, und 5 Prozent, da sie die Feiertage nicht mit Familie und Freunden verbringen wollen.

Auf wen könnten Sie zu Weihnachten verzichten?



Mehrfachnennungen möglich

Grafik: C. Löbel

Quelle: lastminute

Die Schwiegermutter ist nicht überall ein gern gesehener Gast.

KORREKTUR

Autor der Pro-Stimme des gestern veröffentlichten Pro und Contra „Sollte es die Möglichkeit der Rente mit 60 geben?“ ist Patrick Humke-Focks, Mitglied der Fraktion der Linken im niedersächsischen Landtag. Der Name wurde verwechselt.

PRESSESTIMMEN

Chaotisches Bild

Die „Wetzlarer Neue Zeitung“ meint zum erwarteten Konsumverhalten: „Nicht alles lässt sich auf die Krise schieben. Dass der Konsum der Deutschen im kommenden Jahr voraussichtlich nicht anspringt, hat auch mit dem chaotischen Bild zu tun, das die neue Bundesregierung abgibt: Die Konsumenten wissen schlicht nicht, ob sie nächstes Jahr mehr oder weniger Geld im Portemonnaie haben werden. Und das obwohl viele Wähler an die Regierungsbeteiligung der FDP große Hoffnung geknüpft hatten, dass ihnen ‚mehr Netto vom Brutto‘ bleibt.“

Kein Nenner

„Die Zeit“ aus Hamburg schreibt zum Klimagipfel: „Während die Bewohner kleiner Inselstaaten sich um den ansteigenden Meeresspiegel sorgen, eifern Chinesen und Inder dem Wohlstandsversprechen des Westens mit all seinen Folgekosten nach, und die Bürger der USA plagen derzeit die Auswirkungen der Finanzkrise, die Angst um ihren Arbeitsplatz und die Frage nach einer bezahlbaren Gesundheitsversorgung; für sie kann der Klimawandel warten. Unter solchen Umständen ist es fast unmöglich, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.“

Löcher stopfen

Die „Kieler Nachrichten“ kommentieren die Sozialabgaben: „Die Löcher, die die Wirtschaftskrise, aber auch die Politik der Regierung gerissen haben, müssen irgendwie gestopft werden. Was die Koalition den Bürgern an höheren Kinderfreibeträgen und zusätzlichem Kindergeld gibt, will sie ihnen in der Sozialversicherung offenbar wieder abziehen. Eine solche Politik nach dem Prinzip ‚linke Tasche, rechte Tasche‘ verpufft nicht nur wirkungslos. Sie schadet, weil sie die Bereitschaft der Bürger senkt, den Staat in der Finanzkrise zu stützen.“